

Tobias Schenk:

Wegbereiter der Emanzipation? Studien zur Judenpolitik des „Aufgeklärten Absolutismus“ in Preußen (1763-1812) (= Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Bd. 39), Berlin: Duncker & Humblot 2010, 757 S., ISBN: 978-3-428-13090-0, EUR 98,00.

(Irene Aue)

Viele Jahre galt Selma Sterns Werk *Der preußische Staat und die Juden* als Standardwerk der deutsch-jüdischen Geschichtsschreibung.¹ Mit seiner im vergangenen Jahr bei Duncker & Humblot veröffentlichten Dissertation hat Tobias Schenk Sterns Darstellung nun grundlegend in Frage gestellt.

Im 18. Jahrhundert konnte man im Alten Reich eine weitgehende Verschlechterung der Lebensbedingungen der jüdischen Bevölkerung beobachten, die durch die zunehmende Begrenzung ihrer Betätigungsfelder bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum bedingt war. Auch in Preußen hat es unter der Regierung Friedrich des Großen eine zunehmende Beschränkung des jüdischen Lebens und neu eingeführte Sonderabgaben gegeben. Trotz dieser Abgabenlast sei – so Tobias Schenk – die Geschichte der Juden in Preußen häufig fälschlicherweise als Erfolgsgeschichte dargestellt worden. Einen der Gründe für diese Fehleinschätzung sieht er in der oft unkritischen Rezeption der Arbeit Selma Sterns.

Tobias Schenk widerspricht Sterns Positionen und dem darauf basierenden Geschichtsbild entschieden. Die Vorstellung einer von Stern behaupteten zunehmenden Verrechtlichung jüdischen Lebens unter Friedrich dem Großen lasse sich anhand der Akten nicht belegen. Auch ihre Sicht auf die preußischen Beamten als „eigentliche Sachverwalter des idealisierten Preußentums“ sei angesichts neuerer Forschungen nicht aufrecht zu erhalten. Dieser „Beamtenmythos“ werde in der „deutsch-jüdischen Historiographie“ aber nahezu gänzlich „konserviert“ (S. 41). Dass es unter der Herrschaft Friedrichs des Großen trotz der Restriktionen zu einem beachtlichen Aufstieg des „jüdischen Mittelstandes“ gekommen sei, würde – so Schenk – die Geschichte ins völlige Gegenteil verkehren. In der Literatur treffe man immer wieder auf die Annahme, mit der Arbeit Sterns sei die Geschichte der Juden in Preußen erschöpfend erforscht. Davon könne aber nicht die Rede sein.

Nach diesem anfänglichen Paukenschlag beginnt Tobias Schenk mit seinen Forschungen zum Status der Juden in Preußen, die im Zuschnitt eng an den zu überprüfenden Sternschen Thesen angelegt sind. Tobias Schenk analysiert die den Juden in Preußen auferlegten Sonderabgaben in den Jahren 1763 bis 1812, also in der Zeit nach dem Ende des 7jährigen Krieges bis zum Emanzipationsedikt. In dieser von Revolution und Reformen gekennzeichneten Zeit hätten laut Schenk die den Juden auferlegten Abgaben als „Anachronismus“ erscheinen müssen. Vor diesem Hintergrund ist für Tobias Schenk eine Untersuchung des Umfangs der Abgaben, der Verwaltungspraxis bei der Eintreibung der Gelder sowie der Auswirkungen auf die preußischen Juden besonders relevant. Die Arbeit basiert auf einer Auswertung der Akten der Berliner Behörden – des Generaldirektoriums und des Generalfiskalats. Um die einzelnen Konzessionierungsvorgänge zu rekonstruieren, hat er darüber hinaus auch Fiskal-, Kameral- und Magistratsakten ausgewertet und ist zum Teil bis auf die Ebene der Magistrate hinuntergegangen (eine Übersicht der herangezogenen Bestände auf S. 61 f.). Beeindruckend ist seine Darstellung der Probleme bei der staatlichen Dokumentation und Aufstellung von statistischem Material zu den Juden, die deutlich machen, dass diese Daten nur mit äußerster Vorsicht zu verwenden sind. Darüber hinaus gibt diese Schilderung des Weges der Informationen erhellende Einblicke in die Struktur und Praxis der Verwaltung. (S. 143 ff.)

Bevor Tobias Schenk im Einzelnen auf die Vorstellung der ab 1763 eingeführten Sonderabgaben eingeht, stellt er in groben Zügen die brandenburgisch-preußische Judenpolitik von 1671 bis 1740 dar (Kapitel B) und schließt daran die Änderungen in der Judenpolitik unter Friedrich dem Großen an (Kapitel C). Dass dieser kein Philosemit war, ist keine neue Erkenntnis. Es ging ihm darum, mit Hilfe von Juden eine gezielte Erhöhung des Handels vor allem mit Polen zu erreichen. Grundsätzlich wollte er jedoch die jüdische Bevölkerung im Landesinneren reduzieren. Schon für die Jahre 1671 bis 1740 kommt Tobias Schenk zu dem Schluss, dass sich die Rechtslage der Juden wesentlich verschlechtert habe. Unter Friedrich dem Großen habe sich diese Tendenz aber nochmals verstärkt. So habe vor allem das strikte *Revidierte General-Privilegium und Reglement* von 1750 darauf abgezielt, die Anzahl jüdischer Familien im Land zu beschränken. In der wirtschaftlichen Krisensituation am Ende des 7jährigen Krieges hätten die preußischen Juden vom König das Recht für die ‚Ansetzung‘ ihrer zweiten Kinder erbeten, „koste es, was es wolle“ (S. 111; zur Ansetzung der zweiten Kinder siehe Kapitel D). Friedrich der Große billigte dies 1763 und verlangte von seinen jüdischen Untertanen im Gegenzug Fabrikgründungen, Hausinstandsetzungen oder Sonderzahlungen, vor allem aber Zwangsexporte preußischer Waren. Tobias Schenk schildert detailliert die oft problematische Umsetzung dieser Abgaben und stellt fest, dass die Erfüllung des Exportzwangs sich oft als kaum zu erfüllende Auflage herausstellte.

Neben diesem Zwangsexport untersucht Schenk die Templiner Strumpfmanufaktur, deren Errichtung Teil der Bemühungen war, die unter dem Krieg schwer gelittene Uckermark zu stärken (Kapitel E). Der Aufbau der Manufaktur erwies sich als äußerst schwierig. So kam man auf die Idee, den Absatz der Strümpfe durch einen in den Jahren 1766 und 1767 angesetzten zweiten Kindern jüdischer Familien auferlegten Zwangswarenexport zu befördern, ab 1769 übernahm die preußische Judenschaft gezwungenermaßen die gesamte Manufaktur – zu einem hohen Preis und mit großem Verlust. Dass diese hohen Abgaben keineswegs dazu führten, dass die Juden Preußens eine Rechtssicherheit erhielten, illustriert Tobias Schenk anhand der Schwierigkeiten bei der tatsächlichen Durchsetzung der 1763 zugesicherten freien Ortswahl der zweiten Kinder (S. 240-249).

1769 wurde dann noch eine weitere Sonderabgabe eingeführt: der Zwangsexport des Porzellans der seit 1763 im Besitz des Königs befindlichen Königlichen Porzellanmanufaktur (Kapitel F, G). In seiner detaillierten Untersuchung dieser Sonderabgabe leitet Tobias Schenk die Frage, ob es eine zunehmende Verrechtlichung jüdischer Existenz im Preußen dieser Jahre gegeben habe. Sein Befund: nein. Der Zwangsexport des Porzellans war vielmehr eine neue schwere Belastung für die preußischen Juden und zudem mit der Forderung eines weiteren Zwangsexports für die Ansetzung zweiter Kinder ein „erneuter Rechtsbruch“ (S. 292). Tobias Schenk kann aufzeigen, dass die preußische Verwaltung oft die Zahlung geringerer Summen akzeptiert habe, um den Ruin jüdischer Familien zu vermeiden, dies jedoch nicht naturrechtlich, sondern fiskalisch motiviert war (S. 383). Als Friedrich dem Großen diese Verwaltungspraxis im Jahr 1779 gewährt wurde, ließ er mit äußerster Härte die Rückstände eintreiben.

Tobias Schenk kommt zu dem Schluss, dass die preußischen Juden in der Zeit von 1763 bis 1812 Sonderabgaben in Höhe von mindestens 300.000 Reichstalern erbracht haben. Diese Summe wird vor allem dadurch plastisch, dass Tobias Schenk durchschnittliche Einkommen nennt und immer wieder das Schicksal einzelner preußischer Juden herausarbeitet und die sozialen Folgen dieser Abgaben aufzeigt. Ein Beispiel ist etwa der „Niedergang des Manasse Jacob zu Bernau“ (S. 175-181). Schenk endet seine Arbeit mit einem Plädoyer für weitere empirische Arbeiten zu den Juden in Preußen, um die „auf Selma Stern zurückgehende Meistererzählung“ zu revidieren (S. 643).

Nach der Lektüre der Studie Schenks fragt man sich etwas beklommen, wie es denn nun zu dieser jahrelang so anderen Auffassung der Geschichte der Juden in Preußen habe kommen können. Die Antwort darauf ist auf mehreren Ebenen zu suchen, die Schenk zum Teil auch

anspricht (S. 30 f.): in der Entstehungsgeschichte und dem Umfeld der Sternschen Studien zu Preußen, in der Geschichte ihrer Rezeption und sicherlich auch in heutigen ‚Bedürfnissen‘ der Geschichtsschreibung. Gleichwohl ist Schenks Schelte an der „jüdischen Geschichtsschreibung“ harsch: „Sofern jüdische Geschichte als Teil der allgemeinen Geschichte dargestellt und nicht vom Elfenbeinturm herab betrieben werden soll, können [...] Forschungsergebnisse benachbarter Disziplinen nicht einfach ignoriert werden.“ (S. 22) So berechtigt Schenks Ärger angesichts seiner Befunde sein mag, klingt in seiner oft scharf formulierten Kritik an der bisherigen Geschichtsschreibung und in den gegen Stern zugespitzten Forschungsergebnissen eine Haltung an, die zumindest mit einem Fragezeichen versehen werden kann: die Möglichkeit der Abkehr von der ‚falschen‘ Meistererzählung und die Schaffung einer neuen, ‚richtigen‘ Geschichtsschreibung scheint zu sehr die Dynamiken auszublenden, die zu dem vorliegenden Forschungsstand geführt haben mögen. Eine Reflexion der Werkgeschichte von Sterns *Der preußische Staat und die Juden* wirft neben den von Schenk untersuchten Themen noch eine Reihe weiterer historiographischer Fragen auf. So etwa die Frage nach den Grenzen des Seh- und Sagbaren, nach der Standortgebundenheit von Geschichtsschreibung, ihrer Abhängigkeit von Forschungsbedingungen und dem Stellenwert wissenschaftlicher Kritik. Es ist doch ein notwendig zu erklärendes Phänomen, wenn Stern all das, was Schenk uns präsentiert, nicht gesehen haben soll oder nicht sehen wollte. Es sei an dieser Stelle unbedingt darauf verwiesen, dass das Forschungsdesign, die Archivarbeit, die Auswahl und Auswertung der Akten sowie schließlich die formulierte Darstellung der jüdisch-preußischen Geschichte durch Stern unter Beachtung der sich eklatant wandelnden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu historisieren ist: Die 50jährige Werkgeschichte umfasst – mit dem Start dieses Grundlagenprojektes der neu gegründeten Akademie für die Wissenschaft des Judentums im Jahr 1919 – die Weimarer Republik, das nationalsozialistische Deutschland, das amerikanische Exil ab 1941 und die Fortführung in Europa nach der Übersiedlung Sterns in die Schweiz. Zu einer erweiterten Rezeptionsgeschichte nach 1945 gehören auch tatsächliche bzw. vor dem Hintergrund von Kriegsverlust und Kaltem Krieg vermutete Schwierigkeiten bei der Zugänglichkeit der relevanten Archivalien. Das Leo Baeck Institut, das in den 1960er und 70er Jahren den Abschluss der Preußenstudie ermöglichte, etwa ernannte Sterns Werk zum Klassiker und als solcher scheint es in den nachfolgenden Jahrzehnten auch vornehmlich genutzt worden zu sein.² Tobias Schenk ist vor diesem Hintergrund zu danken, ist er doch offenbar einer der ersten, der sich mit Sterns Thesen so gründlich auseinandergesetzt hat.

Zitiervorschlag:

Irene Aue: Rezension von: Tobias Schenk: Wegbereiter der Emanzipation? Studien zur Judenpolitik des „Aufgeklärten Absolutismus“ in Preußen (1763-1812) (= Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Bd. 39), Berlin: Duncker & Humblot 2010, in: Medaon – Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung, 5. Jg., 2011, Nr. 8, S. 1-5, online unter http://medaon.de/pdf/R_Aue-8-2011.pdf [dd.mm.yyyy]

¹ Stern, Selma: *Der preußische Staat und die Juden*, 7 Bände, Berlin 1925 (Band 1), Berlin 1938 (Band 2; wurde vor der Auslieferung beschlagnahmt), Tübingen 1962-1975 (Band 1.1-2, 2.1-2, 3.1-3, 4).

² Zur Rezeptionsgeschichte siehe Aue, Irene: *Selma Stern als Historikerin. Zur Werkgeschichte von *Der preußische Staat und die Juden* und *Jud Süß* (1920-1975)*, Dissertation Universität Göttingen 2010, Drucklegung in Vorbereitung.